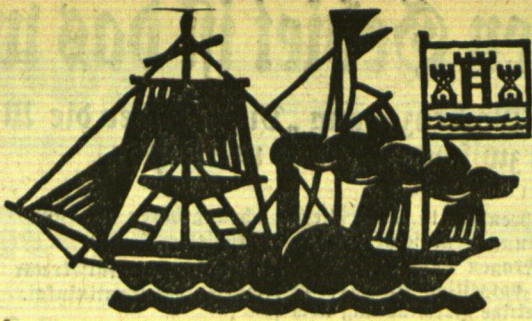


Verlagstag täglich nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen. Monatlicher Bezugspreis: Für Abnehmer 4.50 Litae, mit Zustellung 5.— Litae. Bei den Postanstalten: Im Memelgebiet und in Litauen 5.30 Litae monatlich, 15.30 Litae vierteljährlich. In Deutschland 2.14 Mark, mit Zustellung 2.50 Mark monatlich. Für durch Streifen, nicht gefaltete Hefttage, Verbote usw. ausgefallene Nummern kann eine Kürzung des Bezugsgebühres nicht eintreten. Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen. Sprechstunden der Geschäftsleitung: vormittags 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend. Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 7 1/2 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends. Fernsprech.-Nummern 26 und 28 (Geschäftsstelle und Geschäftsleitung), Nr. 480 (Geschäftsstelle und Druckereileitung). Drahtanschrift: Dampfboteverlag.



Anzeigen kosten für den Raum der mm-Spalzelle im Memelgebiet und in Litauen 18 Cent, in Deutschland 9 Pfennig; Reklamen im Memelgebiet und in Litauen 1.10 Litae, in Deutschland 55 Pfennig. Bei Erfüllung von Platzvorschriften 50 % Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden. Gewählter Rabatt kann im Kontraktfall, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann zurückgezogen werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Memel. Anzeigenannahme: für kleine Anzeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, für alle Geschäftsanzeigen mindestens 24 Stunden früher. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Anzeigenannahme durch Fernsprecher ohne Gewähr für die Richtigkeit. Beleg-Nummern kosten 30 Cent.

Memeler Dampfbote

Führende Tageszeitung des Memelgebiets und des übrigen Litauens

Nummer 87

Memel, Donnerstag, den 12. April 1934

86. Jahrgang

England gibt den Macdonald-Plan preis

Abrüstungspräsidium tagt — Henderson und Eden sprechen — Am 30. April und 23. Mai

dnb. Genf, 11. April. Unter Vorsitz Hendersons begann am Dienstag um 15.30 Uhr die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz. Von den Ländern sind vertreten: England, Frankreich, Italien, Japan, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Sowjetrußland, Belgien, Spanien, Österreich, Argentinien, Tschechoslowakei, Schweden, Polen und Holland. Henderson hielt eingangs eine Rede, in der er erklärte, daß gar kein Grund zu der Annahme bestehe, daß weitere Anstrengungen zwecklos sein würden. Die nächste Aufgabe des Präsidiums sei, den Macdonald-Plan zu überarbeiten und ihn der heutigen Lage anzupassen. Er erinnerte daran, daß im Dezember 1932 einige der Hauptmitglieder der Konferenz die Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit beschlossen hätten. Die Konferenz selbst habe häufig beschlossen, daß man die Gleichheit anstrebe, und zwar vor allem durch Abüstungsberatung und die allmähliche Abschaffung der Angriffswaffen. Man müsse anerkennen,

trat im Gegensatz zu Eden für eine möglichst baldige Einberufung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz ein. Der Italiener Marchese di Soragna äußerte sich nur kurz zu den Terminfragen und schloß sich dem englischen Standpunkte an. Der Ehrenpräsident der Konferenz, der Schweizer Bundesrat Motte, hielt eine Rede, die auf einen

optimistischen Ton gestimmt war. Der Pole, Graf Maszinski, betonte, daß nur die Generalkommission das Recht habe, endgültige Beschlüsse zu fassen. Bis dahin behalte sich seine Regierung alles vor. Der Vertreter Schwedens, Sandler, sprach sich dahin aus, daß man politischen Tatsachen, und damit auch der Abrüstungsverstärkung einiger Staaten, Rechnung

tragen müsse. Der Vertreter Frankreichs, Massigli, äußerte sich nur sehr zurückhaltend. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen und eine neue Antwort Frankreichs stehe in Aussicht. Im übrigen stimmte er den Vorschlägen Edens zu. Kurz vor 18. Uhr war die Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz beendet. Das Präsidium hat sich entsprechend dem englischen Vorschlag, auf den 30. April vertagt. Gleichzeitig ist beschlossen worden, den Hauptausschuß etwa am 23. Mai zusammentreten zu lassen. — Die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz hat also tatsächlich nur einen einzigen Tag gedauert.

„Ohne Garantie kein Abkommen“

„Times“ weiß von „vernünftigen“ Erklärungen Neuraths zu melden — In Erwartung der „genauen Erläuterungen“ Frankreichs

dnb. London, 11. April. In einem Vorkaufssatz sagt die „Times“, das Büro der Abrüstungskonferenz habe am Dienstag zweifellos den vernünftigsten Beschluß gefaßt. Es wäre sinnlos gewesen, die diplomatischen Erörterungen in einem Augenblick zu unterbrechen, wo man eine neue französische Note erwarte, die vernünftig

vernünftige Erklärungen über die Haushaltsersparungen geben,

eine ganz genaue Erläuterung der von Frankreich verlangten „Ausführungsgarantien“

enthalten werde. Man hoffe, daß am 30. April bei Wiederauftritt des Büros jede Regierung ihre Politik klar dargelegt haben werde. Dann endlich werde ein Redaktionsausschuß unter britischem Vorsitz die notwendigen Abänderungen im Konventionstext vornehmen können.

aber es sei zu fürchten, daß seine Versicherungen nicht genügen werden, die Zweifel der Nachbarn Deutschlands zu beseitigen. Solange der französisch-deutsche Gegensatz fortdauere, könne nur der lebenswürdige Idealist und Träumer glauben, daß die Unterzeichnung eines Abkommens der Abrüstungsverminderung Tatsache werden könne, wenn auch der Idealist nicht die Hoffnung aufzugeben brauche, daß schließlich doch eine Vereinbarung erreicht werden könne.

„Times“ fährt fort: „Das nächste Wort hat Frankreich zu sprechen. Hauptächlich wird die kommende französische Note Aufklärung darüber geben, welche Garantien Frankreich wünscht. Als sichere Tatsache kann man annehmen, daß die britische Regierung eine Garantie nur unterzeichnen wird, wenn in dem Abkommen als Gegenleistung, abgesehen von der Ergänzung der deutschen Rüstungen und der allgemeinen Kontrolle, eine Verminderung der Rüstungen der schwer bewaffneten Länder vorgeesehen wird. Die Schwierigkeiten der französischen Lage werden in England durchaus verstanden, aber England wünscht eine Verminderung der Rüstungen nicht unter unmöglichen und unpraktischen Bedingungen, die zum Kriege führen könnten, sondern auf einer realistischen Grundlage, die den Frieden erhält.“

Im weiteren Verlauf ihrer Betrachtungen kommt die „Times“ auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich zu sprechen und bemerkt, die seelische Verfassung Europas sei zwar glücklicherweise weniger erregt als früher, aber doch noch nicht so, daß eine Regelung der Abrüstungsfrage erleichtert werde. Die Erhöhung der deutschen Vorschläge für die Reichswehr und die Marine werde, so glaubt das Blatt, nicht dazu beitragen, die schwergerüsteten Mächte zu Zugeständnissen zu ermutigen. Die britische Regierung habe trotz fortgesetzter Entmutigungen geduldi auf eine internationale Vereinbarung über das gefährliche Problem der Rüstungen hingearbeitet und habe auch Verständnis für die deutschen Argumente gezeigt. Aber ihr Ziel sei nie mehr die Aufrüstung Deutschlands gewesen. Freiherr v. Neurath habe, wie „Times“ wissen will, dem britischen Botschafter in Berlin

Für diesen besseren Schutz der allgemeinen europäischen Sicherheit ist das britische Volk bereit. Dpfer zu bringen. Es ist klar, daß es ohne das Versprechen einer Aktion irgendwelcher Art kein Abkommen geben kann. Es wird vielleicht nur ein europäisches Abkommen werden.

Wie sich Frankreich die Durchführungsgarantien denkt

dnb. Paris, 11. April. Die Pariser Presse ist der Ansicht, daß sich der französische Standpunkt im Kleinen Büro der Abrüstungskonferenz gegen die englisch-italienische Auffassung durchgesetzt habe, daß aber noch viel Wasser den Berg hinunterlaufen müsse, bis England sich den französischen Sicherheitswünschen anbequemen werde.

Nach Ansicht des „Matin“ laufe alles auf einen ruhigen Handel hinaus. In den kommenden Wochen müsse die Frage gelöst werden, wie weit Frankreich die obere Grenze seiner nationalen Verteidigung gegen das feste Versprechen eines internationalen Bestandes zu senken bereit sei. Das Blatt behauptet, daß die kleine Entente in dieser Frage die Sicherheit Frankreichs garantiere, und gibt offen zu,

daß dies eine Frage des Geldes sei, die in einem von der Wirtschaftskrise heimgesuchten Europa ins Gewicht falle.

Ueber die Durchführungsgarantien, wie Frankreich sie sich denkt, will die Außenministerin des „Deuvre“ Bescheid wissen. Der Quai d'Orsay werde dem Foreign Office ein Schriftstück überreichen, das zwei nebeneinander stehende Tabellen enthalte. In der ersten seien die gegen die Verleker des Abkommens anzuwendenden Druckmittel bezeichnet, in der zweiten die Verfüge, die die Anwendung von Sanktionen erforderlich machen könnten. Zunächst aber wüßte Frankreich, daß diese Durchführungsgarantien auf alle Unterzeichner des Abkommens Anwendung fänden. Ferner sei Frankreich der Auffassung, daß das Abkommen nicht allgemeinen Charakter tragen dürfe. Von Japan würde es beispielsweise nicht unterzeichnet werden, sondern nur von den europäischen Mächten, und zwar mit dem von Rußland vorgeschlagenen gegenseitigen Bestandspaß, einer Art D. S. Carno.

Erst dann könne Frankreich ein Abkommen in Aussicht nehmen, das eine scharf begrenzte Aufrüstung Deutschlands vorsehe und für zehn Jahre gültig wäre.

Während dieser Zeit würde Frankreich seine eigenen Rüstungen mit folgenden zwei Vorbehalten einschränken: 1. Eine Möglichkeit, das Kriegsmaterial nicht nur zu erneuern, sondern auch zu verbessern; 2. Aufstellung einer Formel, die bei beweiskräftigen Anzeichen dafür, daß das Abkommen nicht von allen Unterzeichnern loyal eingehalten werde, die Erklärung gestattet: „Das Abkommen gilt nicht mehr, wir nehmen unsere Handlungsfreiheit wieder.“

Der deutsche Botschafter bei Barthou

dnb. Paris, 11. April. Als einziges Blatt berichtet der „Petit Parisien“, daß Außenminister Barthou am Dienstag den deutschen Botschafter Roland Koster empfangen und sich mit ihm über die deutsch-französischen Beziehungen und wichtige internationale Fragen unterhalten habe. Dieser Besuch, so bemerkt das Blatt, sei seit mehreren Tagen vereinbart gewesen und habe nichts mit den Phantasien und Gerüchten zu tun über eine Unterbrechung der Warschauer Reise des französischen Außenministers in Berlin.

Weitere 33 „Tscheljuskin“-Leute in Sicherheit

Erfolgreiche Flüge dreier Sowjetflieger

dnb. Moskau, 11. April. Die Sowjetflieger Wolokow, Kamanin und Slepnew haben am Dienstag in drei Flugzeugen 22 Angehörige des „Tscheljuskin“-Lagers nach Wankarem gebracht.

Schmidt, der seinen kranken Zustand bisher verheimlicht hatte.

Der Leiter des „Tscheljuskin“-Eislagers, Prof. Schmidt, ist seit drei Tagen erkrankt. Er hat hohes Fieber. Professor Schmidt soll sobald wie möglich nach Alaska gebracht werden.

dnb. Moskau, 11. April. Der Flugstapel Kamanins ist es am Mittwoch gelungen, noch elf Mann aus dem „Tscheljuskin“-Lager nach Wankarem zu bringen. Damit sind innerhalb zweier Tage 33 „Tscheljuskin“-Leute gerettet worden.

Die russischen Flieger warten in Wankarem auf besseres Wetter, um den Flug nach dem Lager Schmidts antreten zu können.

Der Leidensweg Romanowffs

Moskau, 11. April.

Wie bereits gemeldet, war es vor einigen Tagen drei der sowjetrussischen Flugzeuge gelungen, auf der „Tscheljuskin“-Eisfläche zu landen. Zwei der Flugzeuge führten auch den Rückflug glücklich durch und konnten fünf der Schiffbrüchigen nach dem Festland transportieren. Das dritte Flugzeug war bei der Landung beschädigt worden. Diese Maschine wird von dem Flieger Slepnew gefeuert, der inzwischen die Schäden an seinem Flugzeug ausgebessert hat und nun auf günstigstes Wetter wartet,

Professor Schmidt erkrankt

dnb. Moskau, 11. April.

Nach einem Funkpruch aus dem Lager Professor Schmidts ist dort mit einem Flugzeug der Bevollmächtigte der Rettungsexpedition für die „Tscheljuskin“-Besatzung, Uschafow, eingetroffen. Er berichtet von dem bedenklichen Verhalten der Schiffbrüchigen, insbesondere des Professors

um dann den Rückflug anzutreten. Ueber die Landung der drei Flieger sind jetzt einige Einzelheiten bekanntgeworden.

Der Jubel, der bei der Landung der drei Flugzeuge auf der Eisfläche herrschte, war unbeschreiblich. Professor Schmidt konnte vor Freude zuerst überhaupt nicht sprechen. Die Flieger haben übrigens auch neue Nahrungsmittel und warme Sachen für die Besatzung mitgebracht.

Der verschollene Flieger Romanowff, nach dem fünf Tage lang gesucht wurde, ist Sonnabend in halberfrorenem Zustande zu Fuß in Anadyr eingetroffen. Er war seinerzeit von Anadyr nach Kap Wankarem gestartet; hundert Kilometer westlich von Anadyr mußte die Maschine auf die Eisfläche niedergehen und wurde völlig zerstört. Zwei Begleiter Romanowffs wurden leicht verletzt. Sie waren fünf Tage lang in der halb zerfallenen Kabine des Flugzeuges sich selbst überlassen, hatten keine Nahrung und litten stark unter Bluterkrankheit. In dieser Zeit hatte sich Romanowff zu Fuß aufgemacht, um Hilfe ans Anadyr zu holen.

Nachdem er dort eingetroffen war, beschrieb er dem dort weilenden Rettungskommissar noch die genaue Lage des verunglückten Flugzeuges. Es wurde darauf ein Rettungsflugzeug entsandt, dem es gelungen ist, in der Nähe der verunglückten Maschine zu landen, und die zwei verwundeten Flugbegleiter Romanowffs an Bord zu nehmen. Sie befinden sich jetzt in Anadyr.

daß in den letzten Wochen gewisse Änderungen eingetreten seien, die diese Arbeit schwierig machten.

Henderson beschwor die Mitglieder des Präsidiums, den Mut nicht sinken zu lassen und weiter für die Abrüstung zu arbeiten. Er schloß mit den Worten: „Ich glaube, daß es unsere heilige Pflicht ist, diese Konferenz zu einem Abschluß zu bringen, der im Einklang mit den in den Verträgen übernommenen Verpflichtungen und unseren eigenen früheren Entscheidungen steht. Denn nur so kann man noch hoffen, ein neues Weltfrieden zu vermeiden und die wachsende Kriegsgefahr zu beseitigen.“

Nach der Rede Hendersons legte der englische Vordirektor Edens den Standpunkt seiner Regierung ausführlich dar. Er wandte sich insbesondere den Ereignissen seit dem 29. Januar zu. Er erinnerte an seine Rundreise in der zweiten Hälfte des Februar, die ihn nach Paris, Berlin und Rom geführt habe. Er sei in der Lage gewesen, überall festzustellen, daß die Regierungen eine Verständigung wünschten. Trotzdem habe er hierbei die Überzeugung gewonnen, daß die englischen Vorschläge vom 29. Januar wiederum eine Abänderung erforderten, wenn irgendeine Aussicht bestehen sollte, daß sie allgemein gebilligt würden. Die italienische Regierung wäre zwar im Grundfals bereit gewesen, sie anzunehmen, jedoch seien sowohl von französischer als von deutscher Seite Bedenken und kritische Stimmen laut geworden.

Die gegenwärtige Lage — so fuhr Eden fort — ergibt, daß das englische Memorandum vom 29. Januar und die sich daran anschließende persönliche Fühlungnahme immerhin den Erfolg gehabt haben, die verschiedenen Ansichten klarer erkennen zu lassen. Trotzdem ist es offenkundig,

daß das britische Memorandum ohne Abänderung zu keiner Verständigung führen wird. Ob diese Abänderungen zwischen den Mächten selbst vereinbart werden können, bleibt weiter ungewiß. Dabei muß die britische Regierung im Auge behalten, daß sich die allgemeine Lage ändern kann, während man immer auf ein Uebereinkommen wartet.

Eden sagt weiter: „In diesem Augenblick kann ich nichts über die deutsche Ansicht im Hinblick auf unser Memorandum sagen, da sie noch nicht veröffentlicht worden ist. Wir warten auch auf eine ergänzende Erklärung der französischen Haltung, da die Note, die wir von Paris kürzlich erhielten, nur vorläufig war und durch eine endgültige Erklärung, die uns kürzlich versprochen wurde, ergänzt werden muß.“ Eden betonte sodann, daß die Schwierigkeiten sehr groß seien. Zwischen Frankreich und Deutschland gebe es zwei grundlegende Gegensätze:

1. den Gegensatz im Hinblick auf die Heeresstärke und die Anrechnung der Ueberseetruppen und der ausgebildeten Reservisten auf der einen Seite und der militärischen Verbände auf der anderen Seite,

2. die Gegensätze im Hinblick auf den Zeitpunkt, an dem die neue, fortzubehende deutsche Armee mit Verteidigungswaffen ausgerüstet werden soll und im Hinblick auf die Ausdehnung dieser Bewaffnung.

„Ich schlage vor“, so schloß der englische Vertreter, „daß das Präsidium der Konferenz, wenn es sich heute vertagt, noch beschließt, von neuem gegen Ende dieses Monats, etwa am 30. April, zusammentreten.“ Der Vertreter Rußlands, Boris Stein,

